

Saale-Beitung.

Sieramblerzigster Jahrgang.

Anzeige

werben die Spaltenreihe oder deren Raum mit 20 Bl., welche aus Halle mit 20 Bl. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von untern Annahmestellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Reflektieren die Zeit 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mt.
Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigerstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 174.

Bezugspreis
Für Halle direktfranco bei postmöglicher Anstellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.
Im ausländ. Zeitungsbereich unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterland eingehende Korrespondenz wird keine Gewähr übernommen.
Korrespondenz nur mit Zuschnitten: „Saale-Bl.“ gefast.
Hauptdruck der Saalezeitung Nr. 1140; der Annoncen-Abteilung Nr. 1132.

Nr. 478.

Halle a. S., Mittwoch, den 12. Oktober.

1910.

Das Fortbildungsschulwesen.

In Breslau wurde dieser Tage der 11. Deutsche Fortbildungsschultag abgehalten. Eine Reihe wichtiger Fragen ist dabei zur Verhandlung gekommen. Die Versammlung hat sich in einer vom Oberbürgermeister Cuno, Sagen i. W., beantragten Resolution dahin ausgesprochen, daß es notwendig sei, in umfassender Weise als bisher die Einrichtung verbindlicher Mädchen-Fortbildungsschulen in Angriff zu nehmen, in denen neben der fachlichen Ausbildung der gelehrten Arbeiterin, der hauswirtschaftlichen Ausbildung der Mädchen, besondere Berücksichtigung zu schenken ist, hat aber zur Zeit von der Festlegung bestimmter Richtlinien abgesehen, in der Erwägung, daß auch auf diesem Gebiet der ordnungsmäßigen Regelung unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse zunächst Spielraum gelassen werden muß. In einem Vortrag des Syndikus der Dülfsdorfer Handwerkersammer wurden die Forderungen der Handwerker an die Fortbildungsschulen behandelt und die Forderung aufgestellt, daß möglichst in allen gewerblich entwickelten Gemeinden die Errichtung einer Fortbildungsschule anzustreben ist. Gegebenen Falles sind mehrere Gemeinden zu einem Zweckbündnis zu vereinigen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat im März d. J. der Handelsminister einen Gesetzentwurf in Aussicht gestellt, nach welchem für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Verpflichtung zur Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule und damit die Verpflichtung zum Schulbeitrag eingeführt wird.

Das würde als ein Fortschritt zu begrüßen sein. Nach einer im Sommer 1908 angestellten amtlichen Erhebung gab es noch 56 Gemeinden über 10 000 Einwohner ohne Pflichtfortbildungsschule; die Schülerzahl in diesen Gemeinden wird auf 35 000 geschätzt. Inzwischen haben schon verschiedene Gemeinden — von größeren über 60 000 Einwohner Bonn, Münster, Rindorf, Aachen und vom 1. April 1910 ab Stettin und Götting — die Schulpflicht eingeführt. Es werden also nur etwa 25 000 in fortbildungsschulpflichtigen Alter Lebende — 4 v. H. der Gesamtzahl von neuem Weitemittlung betroffen. Aber in 163 Gemeinden würde außerdem eine Erweiterung der Schulpflicht eintreten, weil nach den bestehenden Disziplinstatuten die ungelerten Arbeiter, insbesondere Fabrikarbeiter von der Schulpflicht befreit sind. Dadurch würden 54 000 Schüler hinzukommen — 8 v. H., so daß nach Durchführung dieser Gesetzesbestimmung 75 v. H. der im Alter von 14—17 Jahren stehenden jugendlichen Arbeiter in Industrie und Handel schulpflichtig würden.

Doch ist bei den Verhandlungen des Fortbildungsschultages schon darauf hingewiesen, daß die in Aussicht genommene gesetzliche Regelung dem Bedürfnis nicht genüge. Die Industrie kehrt sich nicht an die Bevölkerungsabzahl. Viele Fabriken, insbesondere der Großindustrie, liegen in kleineren Gemeinden. Man denke an die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen und ober-sächsischen Industriebezirk! Es würde viele Beschwerden der Unternehmer geben, die mit ihren Betriebsstätten in einer Gemeinde mit mehr als 10 000 Einwohnern liegen, wenn die Arbeiter ihrer Konzentration in den unmittelbar angrenzenden Landgemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern von der Schulpflicht frei wären. Es sind Fälle bekannt, in denen eine Gemeinde sich weigern sollte, das Disziplinstatut wieder aufzugeben, weil die heimischen Fabrikanten klagen, daß sie keine jugendlichen Arbeiter bekommen, die gingen in die Fabriken der benachbarten Orte, in denen keine Schulpflicht besteht! Die Jungen, denen die Fortbildungsschule nicht paßt, oder die gar Konflikt mit dem Lehrer haben, sagen einfach, wir nehmen Arbeit im Nachbarort, dann rufen wir auf die Schule! Deshalb ist es notwendig, eine gesetzliche Bestimmung zu erlassen, die es ermöglicht, die Schulpflicht überall da einzuführen, wo das Bedürfnis zur Errichtung einer Schule vorliegt, in ähnlicher Weise wie das Gewerbegerichtsrecht für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Errichtung eines Gewerbegerichts vorschreibt; den übrigen Gemeinden Freiheit der Entscheidung läßt, jedoch mit der Einschränkung, daß auf Antrag berechtigter Arbeitgeber oder Arbeiter bei nachgewiesenem Bedürfnis das Gewerbegericht auch gegen den Willen der Gemeinde durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde errichtet werden kann.

Der Generalstreik der Eisenbahner in Frankreich.

Der Streik der Eisenbahner bedeutet eine schwere Krise für das Leben Frankreichs. Abgesehen von unruhigen Phantasieen Englands, die sofort einen möglichen Angriff Deutschlands auf seinen westlichen Nachbar in Betracht ziehen, wird das ganze Wirtschaftsleben in Frankreich schwer geschädigt. Schon jetzt macht sich in Paris der Mangel an Nahrungsmitteln geltend, der Verkehr mit dem Ausland, Personen- und Briefbeförderung stockt. Sogar die Regie-

zung sieht sich durch diesen ungeheuren Zustand bedroht und greift behäuflich zu den gewagtesten Maßnahmen, um das Heil in der Hand zu behalten. Bei uns gingen folgende Drahtnachrichten ein:

Paris, 12. Okt. Das Amtsblatt wird heute ein Dekret veröffentlicht, wonach die Eisenbahner militärisch organisiert werden und insbesondere die Einberufung des Eisenbahners, die unter militärischer Kontrolle stehen, auf 20 Tage gestreckt wird. Ueber die Tragweite und Mächtigkeit des Dekrets sind die Meinungen geteilt. Wie die Regierung das Nichterheinen von 20—30 000 dieser Reservisten abhandeln will, ist noch nicht abzusehen. Als Gegenmaßnahme kann das Nichterheinen erst nach Verlauf von 14 Tagen erklärt werden. Wie in Paris gestern abend verlautete, werden die Eisenbahngesellschaften aller Wege in den Ausland treten. Dies soll in einer gestrigen abend stattgehabten Versammlung der Eisenbahner beschlossen worden sein. Der gestrigen Versammlung der streikenden Eisenbahner wohnten ca. 10 000 Angestellte bei. Delegierte der Weisbahn, der Orleansbahn und der Paris—Lyon—Mittelmeerbahn brachten die Zustimmung ihrer Gruppen. Am Schluß der Versammlung gab der Sekretär der Nordbahn eine Erklärung ab, in der er betonte, daß ein großer Kampf bevorstehe, der mindestens 8 Tage dauern dürfte.

Paris, 12. Okt. In den Pariser Markthallen machte sich gestern bereits ein Mangel an Getreide und Gemüsen unterm. fühlbar. Man sieht dem heutigen Tage mit einiger Bangen entgegen und befürchtet, daß sich der Mangel heute erheblich steigern wird.

Paris, 12. Okt. Die Arras sind 11 Telegrammstangen umgelegt und 55 Leitungen durchschnitten worden. Da das Beschäftigungspersonal in Paris seinen Dienst tut, so ist der Nordbahnhof in Dunkel gehüllt. In Hazebrouck beschloffen die Eisenbahngesellschaften den Ausbruch.

Paris, 12. Okt. In einer heute nacht abgehaltenen Versammlung beschloß das Nationale Eisenbahnerindikat, sofort den Generalkreist für alle Eisenbahnlinien zu verfügen. Es wurde beschlossen, daß per Automobil die Direktoren sofort von diesem Beschlusse Mitteilung gemacht wird. Wenn die Eisenbahner dieser Aufforderung Folge leisten, so würde heute auf allen von Paris ausgehenden Eisenbahnlinien der Verkehr unterbrochen sein.

Die von der Versammlung angenommene Tagesordnung hatte folgenden Inhalt:

Das Nationale Eisenbahnerindikat bringt den Eisenbahngesellschaften zur Kenntnis, daß der Ausbruch bei der Nordbahngesellschaft ein vollständiger geworden ist. Gleichzeitig läßt es wissen, daß seit dem Moment der Gesellschafter in aus dem Arras entlassen worden ist, und die Regierung durch die Presse Mitteilungen veröffentlicht, hat, welche Zwangsmaßnahmen und Anpreisungen in gegen die Arbeiter androht, die lediglich ihr Recht verlangen. Angesichts dieser Lage hat das Nationale Indikat sich entschlossen, den Angestellten den Generalkreist auf allen Eisenbahnlinien zu empfehlen und sofort in denselben einzutreten.

Am Schluß der Note wird angefügt, daß heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr eine große Versammlung aller Pariser Eisenbahnarbeiter und Angestellten in der Arbeitsstätte stattfinden wird. Angesichts dieser Verfügung des Streikkomitees der Eisenbahner hat die Regierung auf allen Eisenbahnlinien militärische Maßnahmen durchgeführt. Die Eisenbahnen, Bahnhöfe, Weichenstellereisen und Eisenbahnerwerkstätten werden militärisch besetzt. Gleichzeitig wird seitens der Regierung bestimmt, daß die Eisenbahngesellschaften aller Linien, die sich beim Streik beteiligen, durch eine kriegsmilitärische Verfügung zu einer 21-tägigen Verbannung einberufen werden sollen.

Wann wird die Arbeit eingestellt?

Paris, 12. Okt. „Wann wird die Arbeit eingestellt?“ Diese Frage beschäftigt namentlich die Behörden infolge des Beschlusses des Streikkomitees der Eisenbahner. Wahrscheinlich werden heute nur wenige Züge verkehren. Die auf heute mittag anberaumte Eisenbahnerversammlung wird eine Klarheit der Sache bringen. In Regierungskreisen hat man wenig Hoffnung, daß die Angestellten irgend einer Gesellschaft sich dem Auslande nicht anschließen würden.

Paris, 12. Okt. Die Streikverfügungen für die Weisbahn- und Staatsbahngesellschaft sind gestern abend 10 Uhr ausgegeben worden und zwar auf dem Bahnhof Mont Parasse gegen 11½ Uhr. Sofort begab sich ein Spezialkommissar in Begleitung des Stationschefs auf die Strecke, um sechs Wagen aufzustellen, die die Strecke besauchen sollen, da die Elektrifizierung sich gleichzeitig dem Auslande anschließen. Gleichfalls um 11½ Uhr erschien ein Ordnungsdienst, ein Aufgebot von einigen zwanjig Polizeisergeanten und besetzte den Bahnhof. Am 12 Uhr erschien ein militärisches Aufgebot auf dem Bahnhof Saint Lazare. Die gestern abend nach London über Dieppe abgehenden Züge wurden verdoppelt. Am 9:20 wurden die beiden Züge mit den für die französischen Dampfer nach Havre bestimmten Passagieren befördert, die fahrplanmäßig erst heute früh abgehen sollten. Am Mittwochmorgen erschien auf dem Bahnhof ein weiteres militärisches Aufgebot des 28. Infanterieregiments und besetzte den Platz vor dem Bahnhof. Um 11:45 verließen aus einer Versammlung der Eisenbahner in der Nähe des Bahnhofs Bagnoles ungefähr 500 Streikende das Versammlungslokal.

Sie zerstreuten sich jedoch ruhig nach allen Richtungen. Die meisten benutzten noch die abgehenden Vorzüge und riefen beim Betreten der Wagen: Es lebe der Streik!

Paris, 12. Okt. Der Verkehr Berlin—Paris über Köln hat sich bisher glatt abgewickelt. Aus Köln wird dagegen gemeldet, daß der Durchgangsverkehr von und nach Paris stockt und daß die Pariser Veste ausbleibt.

Paris, 12. Okt. Präsident Fallières ist in Antibes der sehr kritischen Lage nach Paris abgereist. Er wird heute früh aus Bordeaux kommend in Paris erwartet. Am heutigen Tage werden 20 000 Eisenbahngesellschaft zu den Waffen gerufen werden. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Mobilisierung handelt. Die Reservisten haben zwei Wochen Zeit, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die Regierungstatistik kann somit scheitern. Bisher ist es durch die Ausständigen noch zu keinen ersten Zwischenfällen gekommen. Ein Streik wurde ein Zeiger verhaftet, der den Zug auf offener Strecke verlassen hatte. Es heißt, daß auch Verhaftungen wegen ähnlicher Vergehen in Legation vorgenommen worden sind. Die meisten Reisenden bemängeln, daß die Eisenbahnlinie nach Calais gesperrt ist, die Flüge über Ostende.

London, 12. Okt. Die heutigen Morgenblätter beschäftigen sich an erster Stelle mit dem Zustand der französischen Eisenbahner der Nordbahn. Sie weisen auf die eventuellen ersten Folgen hin, welche so ein Ausbruch nach sich ziehen könnte und betonen, besonders, daß, wenn Deutschland jetzt an Frankreich den Krieg erklären würde, Frankreich nicht in der Lage sei, sich wirksam zu verteidigen. Die Blätter drücken die Hoffnung aus, daß alles aufgehoben werden möge, damit ein so erster Schritt, wie der Generalausbruch auf sämtlichen Eisenbahnen, verhindert werden soll.

Die Frage des portugiesischen Kolonialbestrebes

Ist anlässlich der Staatsumwälzung in Lissabon von der „Pala Mail“ zum Zwecke der Verdächtigungen Deutschlands angeschlossen worden. Das Wort verdichtet die Tendenzmeldung, Deutschland habe kein Auge namentlich auf die im Atlantischen Ozean gelegenen und bisher portugiesischen Inselgruppen geworfen, um sie zu Grenzstützpunkten zu erwerben.

Es gegenstandslos diese Behauptung selbstverständlich auch ist, so bietet sie doch Gelegenheit, die Aufmerksamkeit auf die Frage der portugiesischen Gebietsgebiete zu lenken, die angeht die Finanzlage der jungen Republik zum Augenblick auf werden kann. Die Angelegenheit ist bereits vor einem Jahrzehnt lebhaft erörtert worden, da schon in jener Zeit die portugiesischen Finanzen in einer derart trostlosen Verfallung waren, daß der Verkauf des kolonialen Kolonialbesitzes geraten erschien. Auch soll bekanntlich für den Fall, daß Portugal sich zu diesem Schritt veranlassen sieht, zwischen Deutschland und England ein Abkommen getroffen sein, welches eine Verständigung über die von diesen beiden Mächten zu erwerben Gebiete enthält. Authentisches über den Inhalt dieses Vertrages ist uns weiter nicht bekannt geworden. Die einzigen kritisch sofort demontierten Mitteilungen darüber rühren von 1899 her. Der Vertrag sei abgeschlossen worden, um zu verhindern, daß Großbritannien, Frankreich oder andere Mächte gegen die Besitzergreifung der Delagoa-Bucht durch England Einspruch erheben. Im Frühjahr 1900 wurde in Portugal ein gleicher „Ausverkauf“ von Kolonien stattfinden, die Spanien ihm im Jahre 1899 in Genu genommen hat. Die in Betracht kommende afrikanische Pflanzung betrage 2 000 000 Quadratkilometer mit 13 000 000 Einwohnern und solle an England fallen, der atlantische Besitz mit 20 000 Quadratkilometer und einer Million Einwohner an Deutschland. Es handelte sich dabei um folgende 5 Gebiete in Indien: Timar, Goa, Damao, Macao und Tim. Außer diesen Besitzungen in Asien solle in Afrika auch noch das Land nördlich des Gambia in Deutschland abgetreten werden, mit Ausnahme eines Streifens von 3 Meilen, den die Cecil Rhodes für seine Eisenbahn ausbeuten habe. Der von Deutschland zu zahlende Preis betrage 25 Millionen Mark.

Da es sich hierbei, wie gesagt, um Angaben handelt, die in keiner Weise belegt sind, erübrigt sich vorläufig ein Eingehen auf den Inhalt des Abkommens. Allerdings hat der Mann, mittels Verkauf der Kolonien die portugiesischen Finanzen zu sanieren, einmal bereits die Cortes beschäftigt. Einem darauf abzielenden Antrag brachte Mitte März 1900 Abg. Ferreira de Almeida ein. Der Antragsteller war wiederholt Marine- und Kolonialminister gewesen und behauptete, als er den Antrag einbrachte, die Würde eines Präsidenten der Geographischen Gesellschaft. Sein Antrag ging dahin, die sämtlichen Kolonien Portugals mit Ausnahme von Angola, den Kap-Verdeischen Inseln und den Inseln S. Thomé und Príncipe (die Azoren und Madagaskar nicht als Kolonien, sondern bilden einen Teil des Mutterlandes), zu verkaufen. In seiner Rede zur Begründung dieses Antrages wies er darauf hin, daß Portugal zur Bewahrung seines Kolonialbesitzes Anleihen aufgenommen habe, die es nicht zurückzahlen könne. Es sei ehrenhafter, statt neue Schulden für die Kolonien zu machen, deren Bestand zu verringern und mit dem Erlöse die Gläubiger zu befriedigen. Der Abgeordnete berief sich auf ver-

lebende hervorragende portugiesische Staatsmänner, die er für eine Verringerung des überseeischen Besitzes Portugals seien. Es sei besser, wenn man jetzt die Kolonien verkaufe, als wenn sie dem Lande später auf irgend eine Weise verloren gingen. Das Beispiel Spaniens, das durch einen unglücklichen Krieg alle seine überseeischen Besitzungen verloren habe, sei in dieser Hinsicht eine ernste Mahnung. Verkaufe man die Kolonien, so könne man die Staatsfinanzen heben, und die dadurch entstehende Ersparnis an Finzen zur Verringerung der Steuern verwenden. Der Marineminister antwortete dem Antrag, indem er als Grundbedingung der portugiesischen Kolonialpolitik die Erhaltung der Integrität des Besitzes erklärte und des weiteren nachzuweisen suchte, daß die Kolonien nicht so veräußerlich seien, wie man machen annehmen würde. Bei der Abstimmung erklärten sich alle anwesenden Abgeordneten gegen den Antrag. Seitdem ist von dem Verkauf portugiesischer Kolonien noch einmügale die Rede gewesen, aber ernsthaft hat man sich mit der Angelegenheit seither nicht mehr beschäftigt. Die Möglichkeit, daß die Frage infolge der letzten politischen Ereignisse von neuem auftritt, ist indessen nicht von der Hand zu weisen.

Neuerungen der Staatsmänner.

— Nachdem nun wieder einmügale Ruhe in Portugal eingekehrt ist, gilt es, den Zustand zu festigen, damit er auch für die Dauer Bestand hat. Schon sind die portugiesischen Staatsmänner mit aller Kraft tätig zum Besten der jüngsten Republik. Es ist interessant, ihre Neuerungen über Portugals Zukunft zu hören.

Ministerpräsident Braga sagte, er glaube nicht, daß Dom Manuel seinen Wohnort in England nehmen werde, obgleich Portugal damit zufrieden sein würde. Er glaube, daß Dom Manuel seinen Wohnsitz in Deutschland nehmen und in die preußische Armee eintreten werde. Dann sprach Braga von den Kolonien. Portugal werde eine aggressive Kolonialpolitik verfolgen. Der Minister des Äußeren Machado äußerte, er glaube, daß die Revolution dem portugiesischen Volke Ehre gemacht habe, so daß die Mächte nicht zögern würden, die Republik anzuerkennen. Der Kriegsminister sagte: „Wir werden kein einziges Regiment aufstellen, da alle der Republik ergeben sind. Aber anstatt der Anwerbung werden wir es vielleicht so machen, wie die Preußen es 1806 gemacht haben oder wir werden dem Beispiel der Schwed folgen und eine Miliz schaffen. Der Chef, das Oberhaupt des Heeres, wird der Präsident sein.“

Das Königshaus.

In Gibraltar ist der italienische Botschafter in Madrid angekommen. Ein Vertreter des Gouverneurs und der italienische Konsul empfingen ihn und begaben sich sofort mit ihm in den Palast des Gouverneurs, wo die portugiesische Königsfamilie wohnt und wo auch der Botschafter Wohnung nahm. Im Gouverneurpalast ist auch der Gouverneur der Äyren mit seiner Gemahlin eingetroffen. Er versicherte dem König, seine Treue gegen die Monarchie habe ihn getrieben, seinen Posten zu verlassen, um gegen die Republik zu protestieren.

König George von England hat Befehl gegeben, daß die königliche Yacht „Victoria und Albert“ nach Gibraltar abgeht, um König Manuel und Königin Amalie an Bord zu nehmen. Eine Deutsche der „Erdmann Telegraph Company“ meldet, daß das Eigentum König Manuels, der dies durch seine Yacht vermisst habe, von der Regierung konfisziert worden folle, das der Königin Amalie aber wieder freigegeben werden.

Deutsches Reich.

Der Kaiser als Schirmherr wissenschaftlicher Forschung.

Der Kaiser hat das lebendige Interesse, das er der Förderung wissenschaftlicher Forschung seit seinem Regierungsantritt bewiesen, auch bei der Hundertjahrfeier der Berliner Universität in jompatriischer Weise bekundet. Der moderne Herrscher kann sich die Aufgaben, die ihm seine Stellung aus der Wissenschaft gegenüber auferlegt, leicht und schwer machen. Er kann sich auf seine mehr formale Schutzherrschaft beschränken, welche der Gelehrten mehr Licht und Bewegungsfreiheit sichert, die spezielle Fürsorge aber den amtlich verordneten Faktoren überläßt. Er kann aber auch darüber hinaus durch persönliche Anteilnahme an den in jüdischen Fühl befindlichen Fragen der Wissenschaft unumkehrbaren Segen stiften, indem er seinen mächtigen Einfluß solchen Gebieten zuwendet, die sozusagen über den hergebrachten amtlichen Rahmen hinausgehen, deshalb aber den Trägern der wissenschaftlichen Forschung nicht minder an Herzen liegen.

Wir dürfen ja wohl annehmen, daß die Anregung zur Gründung einer Gesellschaft für Schaffung und Unterhaltung von besonderen Forschungsinstituten aus den Kreisen der interessierten Gelehrten an den Kaiser herangekommen ist. Aber die Art, wie der Monarch diese Anregung aufgriff, sich offenbar persönlich für die Sache einsetzte und ihr den lebenswichtigen Sammlungseifer zuwandte, den wir bereits von ähnlichen Anlässen her kennen und der hier in so kurzer Zeit den hohen Betrag von 10 Millionen (unbeschadet der staatlichen Förderungsmittel) als Zubehörschaft herbeizuführen oerband, — das alles zeigt in so hohem Grade die spezifische Eigenart des Kaisers, daß ihm über die akademischen Zirkel hinaus der lebhafteste Dank unserer gebildeten Kreise sicher ist. Diese Methode passiver Betätigung kaiserlicher Schutzherrschaft muß auf unsere wissenschaftliche Forschung anzuwenden werden und auch in ihr jene vorwärts drängende Energie entfachen, deren wir uns an der Persönlichkeit unseres Kaisers erfreuen dürfen.

Die Episode aus Königsberg.

L. C. Auch unabhängige Blätter druden manchmal Notizen über Vorgänge aus dem Leben des

Kaiserhauses ab, die von jngantimem Geiste tingehen sind. So finden wir in einem linksstehenden Blatte die Wiedergabe folgender rührenden „Episode“ aus Königsberg, wo der Kaiser nebst Familie bekanntlich vor einiger Zeit weilte:

„In einem Puhgehöflein, unserm vom Schlosse, erschien um die Mittagzeit eine junge Dame und verlangte einige Puhartikel. Der größte Teil des Personalis war zu Tisch gegangen und eine noch sehr junge Verkäuferin legte der Dame einige Gegenstände hin, die aber nicht gleich Beifall fanden, denn die Käuferin wählte nur das Beste aus, was ihr vorgelegt wurde. Die kleine Verkäuferin war eilig bei der Sache, so daß sie gar nicht bemerkte, daß die Dame mitunter lächelte, wenn das Ladenfräulein sie „Gnädiges Fräulein“ titulierte. Schließlich sagte die Dame aber doch: „Ich bin nicht Fräulein, sondern Frau!“ Die Verkäuferin sagte nun natürlich „Gnädige Frau“ zu der Dame, die im Laufe der Unterhaltung darauf aufmerksam machte, daß ihr eben ein Schloß für die vielen Menschen ankommen sei. „Ja“, sagte die Verkäuferin, „der Kaiser und die Kaiserin, der Kronprinz und die Kronprinzessin und die anderen Prinzen sind jetzt hier.“ „Ach so“, entgegnete die Dame, „aber hier vor dem Laden verkehren sich doch auch so viele Menschen.“ „Da wird wahrscheinlich jemand von Hofe in der Nähe sein“, merkte das ahnungslose Ladenfräulein. „Ja, so wird es wohl sein“, stimmte lächelnd die Dame bei, die nun ihre Einkäufe beendet hatte. „Darf ich der gnädigen Frau die Sachen noch Hause schicken?“ „Ja bitte!“ „Und die Adresse, gnädige Frau?“ „Schicken Sie die Sachen lieber nach dem Schlosse“, antwortete die Dame mit freundslichem Lächeln, „für die Kronprinzessin!“ In diesem Augenblicke bemerkte die kleine Verkäuferin erst, mit wem sie gesprochen hatte. Sie wurde rot und wollte einige Worte der Entschuldigung sagen. Die Frau Kronprinzessin aber lächelte ihr noch lebenswüdig zu und verließ nach mit einem freundslichen Gruß den Laden.“

Wir fragen vergebens, was denn an dieser „Episode“ überhaupt bemerkenswert ist. Zu dem Abdruck solcher Geschmacklosigkeiten sollte sich die deutsche und namentlich die unabhängige Presse doch zu gut sein.

Enthüllung eines Denkmals der Württemberger.

In Champigny fand die feierliche Enthüllung des Denkmals für die dort 1870 gefallenen Württemberger statt. Das Denkmal besteht aus einer einfachen, hohen Steinpyramide, die mit dem Eisernen Kreuz getönt ist und an der Vorderseite über und unter einem Palmenzweig deutsch und französisch die Widmungswörter trägt. Die französische Übersetzung wurde von der Stadtverwaltung von Champigny gemacht, gefordert und ihre Anbringung zur Beibehaltung gesichert, unter der allein die Errichtung des Denkmals gestattet wurde.

An der Feier wollten ursprünglich einige Hundert Beteranen teilnehmen. Auf Grund diplomatischer Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung wurde jedoch vereinbart, daß nur eine Abordnung von 30 bis 40 deutschen Krieger an der Feier teilnehmen sollte. Auch wurde ihnen vorgeschrieben, daß sie ihre Abzeichen erst auf dem ehemaligen Schlachtfelde vor dem Denkmal anziehen dürfen.

Dort wurden vom Führer der deutschen Abordnung und vom Bürgermeister von Champigny Reden gehalten, und zwar beide in französischer Sprache. Auch dies war eine ausdrückliche Bedingung, welcher der deutsche Redner sich zu unterwerfen hatte. Die Reden beschränkten sich auf allgemeine Bemerkungen über das Verdienst tapferer Krieger, die für ihr Vaterland den Schlachtod erlitten. Nach der Denkmalsenthüllung begab die deutsche Abordnung sich in die etwa 50 Schritte vom Denkmal entfernte Gruft, wo die deutschen Gefallenen neben den französischen beigesetzt sind und letzte einen Kranz nieder. Die Feier verlief ohne jeden Zwischenfall.

Zum Werkstattdienst.

Hamburg, 12. Okt. Heute wird in zwei Vertreten des Geländeverbandes der deutschen Metallindustrie und der Arbeitgeberorganisation eine Besprechung stattfinden zur Beilegung der noch schwelenden Differenzen. In der gelirten stert besuchten Werkstattdiensternammlung in Bremen wurde die Wiederaufnahme der Arbeit in den nächsten Tagen beschlossen. Die Fabrikarbeiter von Bremen beschließen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

Parteinachrichten.

L. C. In einem konservativen Parteiorgan, den „Mitteilungen für Brandenburg“, wird von der Unterredung des Hg. Fuhrmann mit dem Reichstagsler v. Bethmann Hollweg berichtet. Dabei wird die Stelle:

„Enchlich sagte Herr v. Bethmann Hollweg: Ich gehöre meiner Weltanschauung und meiner Ausbildung nach viel eher noch zu den Nationalliberalen als zu den Freikonservativen.“

in auffälligem Sperrdruck wiedergegeben. Herr v. Bethmann ist also gewant. Wehe ihm, wenn er keine nationalliberale Weltanschauung und Ausbildung sich irgendwo in der Praxis merken lassen sollte! Wie ist hat er es ja nicht getan!

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin, der am Montag stattfand, nahm einen guten und anregenden Verlauf. Der starke Besuch seitens der Abgeordneten und der Delegierten erweckte das lebhafteste politische Interesse, das in den Reihen der Parteifreunde Groß-Berlins vorhanden ist. Die Rede des Hg. Fischel über das Sperrgesetz Bethmann Hollweg und die Beziehungen der Fortschrittlichen Volkspartei zu den anderen Parteien und den großen Wirtschaftsorganisationen fand bei seiner Haren, energischen Stellungnahme allgemeinen Beifall. Die beste Vorbereitung für die Wahlen erlitt sich bei dem Recht in der Vorbereitung auf die Wahlen. In der letzten Debatte wurde der Frage des Verhaltens zu dem Parteitag in interessanten Darlegungen erörtert, die schließlich zu einer Uebereinstimmung über den einzuschlagenden Weg führten, und an dem sich besonders die Abgeordneten Raumann, Muggan und König beteiligten. Raumann betonte dabei die Notwendigkeit des Festhaltens an der Bestimmung des Organisationsstatuts, wonach die Wahlkreise bei Stichwahlen die Entscheidung zu treffen haben. In Kürze wird ein neuer Parteitag stattfinden, der sich mit der wichtigen Groß-Berliner Organisationsfrage befassen wird.

Heer und Flotte.

Der automobile Train.

M. p. In den letzten Septembertagen hat im Culenengebiete eine interessante Puhversuchsfahrt eines Transportzugs stattgefunden, der den gesamten Bedarf für eine mobile Infanteriebrigade im Gewicht von 30 000 Kilogramm zu bewältigen hatte. Der Zug, der aus einem Kraftwagen und 6 Anhängern besteht, entkammt der M. U. Th. Müller Straßenbahngesellschaft in Eptelzig und sollte eigentlich bereits an den Kaiserjüngern in Dittprehen teilnehmen, was jedoch wegen des dort allzu flachen Geländes unterließ.

Am 20. September ging die Fahrt von Dels, Bernstadt bis Eptelzig. Die Tagesleistung betrug bei voller 30 Locomotivleistung über 100 Kilometer. Am 21. September wurde die Fahrt über Frankenthal und die Bahnhöfe des Culenengebiete (140 Meter) bis zur alten Festung Eptelberg fortgesetzt. Am nächsten Tage fand ein Wettbewerb zwischen Eptelberg und Reuendeck statt. Der 23. September brachte eine Glanzleistung. Es wurden die Serpentin und überaus steilen Wege bei Puhversuch mit Weichheit genommen. Die letzte Tagesleistung ging über Gubenfrei nach Breslau zurück, wobei trotz des jhuierigen Geländes eine Tagesleistung von 85 Kilometer erreicht wurde.

Das Resultat der Fahrt hat ergeben, daß die Bestimmung eines solchen Transportzuges ungenügend einen militärischen Feldbahn entlocken. Die Militärbehörde wird infolge dieser kühn gelungenen Unternehmung veranlassen, daß anstelle einer neuprojektierten praktischen Kleinbahn ein solcher Transportzug eingestellt wird. Auch die Erstanstaltung ist der gleiche Subventionsweg ins Auge gefaßt, der sich bereits bei den einzelnen Kraftwagen gut bewährt hat.

Ausland.

Abessinians Beziehungen zu Deutschland.

Der deutsche Gesandte Dr. Scheller-Stein warz hat die Seimreise über den Wilemu nach Diredua-Dschibuti angetreten, nachdem er ein Jahr und sieben Monate fast ununterbrochen in Abdis Abba gemeilt hatte. Die abessinische Regierung hat ein lebhaftes Interesse gezeigt, die kleine Spannung zu beilegen, die infolge der schlechten Behandlung und der Verfolgung der Deutschen unter der Kaiserin Tatu entstanden war. Deshalb fand auch der Gesandte wachsvollen Entgegenkommen bei der Festsetzung und Auszahlung der Entschädigung für die beiden früheren Beamten der Kaiserin Tatu vertragwidrig entlassenen Beamten Dr. Jintzaff und Dr. Steinfüller. Der frühere Minister des Äußeren, jetzige Handelsminister, Negaratos Seile-Georgis, unter dessen Amtsführung jenerzeit die beiden Beamten herangezogen worden waren, trug besonders zur Erleichterung der Angelegenheit bei.

Wie die heutige Stimmung der abessinischen Regierung ist, so schreibt die „Abis. Ztg.“, geht klar aus der Antwort hervor, die der Regent Ras Tesfama dem Ueberbringer eines Abdischischen Gelehrten des Gesandten für den Kronfolger Abdis Jesalu mitgab. Der Gesandte, hieß es, möge betrecht sein, die bisher bestehende wachstüchtige Zuneigung der deutschen Regierung auf neue zu bekräftigen und zu vergrößern. Dies geschähe nur durch Handelsbeziehungen in seinem Maße mehr entwicklung als bisher. Der Regent erklärte, er werde in diesem Geiste diese Interessen der Deutschen fördern, und sein Wunsch sei, daß auch die deutsche Regierung ihrerseits in diesem Sinne sich dem abessinischen Reich freundlich erweise.

Wahl des griechischen Kammerpräsidenten.

Aus Athen wird gebracht: Bei der heutigen Wahl des Kammerpräsidenten erhielt der Adokat Konstantin Hoehlin die Stimmenmehrheit, er ist deutscher Abstammung. Für ihn stimmten die Anhänger Kallias und Theotokis. Hoehlin erhielt von 334 Stimmen 175. Der Kandidat der Benjessiten und der weissen unabhängigen Konstitutionalisten war Ractho. In seiner Antrittsrede wies Hoehlin auf seine Parteilosigkeit hin, betonte die Notwendigkeit einer gründlichen Veränderung im Regierungssystem und in der Beilegung aller Parteileidenchaften. Er werde sein Amt unparteilich, freimüdig und verfassungsmäßig ausüben. Die Regierung Dragoumis wird morgen ihre Demission einleiten; die Berufung Hoehlins zur Uebernahme der Staatsgeschäfte erscheint wahrscheinlich.

Auch in Monaco . . . !

In dem kleinen Fürstentum Monaco ist es abermals zu Kundgebungen gegen den Fürsten gekommen, der dem Lande nur ungenügende freisheitlichere Verfassung geben möchte.

Der „Temps“ erzählt aus Monaco, daß einige Hundert Monacassen von dem fürstlichen Palais riefen: „Abdanken! Abdanken!“ Diese Kundgebung soll dadurch veranlaßt worden sein, daß der Fürst eine Abordnung, die ihm in Paris gewisse Wünsche über die Gebirgsverhaltung des Fürstentums vortragen wollte, nicht empfangen, sondern angewiesen hatte, sich ihm in Luzen vorzustellen. Dies wurde von den Delegierten abgelehnt, die nach Monaco zurückkehrten, um dort zu agitieren.

Unruhen in Brasilien.

* Die brasilianische Provinz Amazonas ist der Scheupunkt für ernie Unruhen gewesen. Ungesicherte Absehung des Gouverneurs hat Unruhen in der Provinzialhauptstadt Manaus am Amazonasnietum zur Folge gehabt. Die Stadt Manaus wurde von der Bundesflotte auf dem Fluße auf Befehl des Führers der regierungswidrigen Partei besetzt. Das Feuer wurde erst auf erhebliches Verlangen der Konjunkt und Notabeln eingestellt. Durch das energische Eingreifen der Bundesregierung ist die Ruhe wiederhergestellt. Die Befehlshaber der Land- und Marineuppen wurden abgesetzt. Der Gouver-

Kufefe • Kinder-mahl • Kranken-kost. Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

